

Protokoll

der 15. Tagung des Stadtrates Niesky am 07. Februar 2011

Öffentlich

Anzahl der Stimmberechtigten:	19
davon anwesend:	15
entschuldigt:	Herr Funke (krank) Herr Müller (krank) Herr Neumann (dienstlich) Herr Polosseck (krank)
Anzahl der Gäste:	6
Tagesordnung:	siehe Einladung
Tagungsleitung:	Herr Rückert, Oberbürgermeister
Tagungsort:	Jahnhalle Niesky
Beginn:	18.00 Uhr
Ende:	19.40 Uhr

Gefasste Beschlüsse:

Beschluss Nr. 01/2011

Bewilligung von Haushaltsresten 2010
Abstimmung: 15/0/0

Beschluss Nr. 02/2011

Beschluss über die Delegation der Entscheidungskompetenz des Stadtrates
an den Technischen Ausschuss
Abstimmung: 15/0/0

Beschluss Nr. 03/2011

Vorbereitung der Neubeantragung des Regionalmanagements ILE – Integrierte
Ländliche Entwicklung Gebietskulisse „Östliche Oberlausitz“
Abstimmung: 15/0/0

Beschluss Nr. 04/2011

Beschluss des Stadtrates zur Bestätigung der Vergabeentscheidung des Oberbürgermeisters zur Baumaßnahme „Sicherung und Sanierung des Gebäudes Konrad-Wachsmann-Haus“

Abstimmung: 150/0

Beschluss Nr. 05/2011

2. Anpassung der Rahmenvereinbarung mit dem Fußballverein Eintracht Niesky e.V.

Abstimmung: 14/0/1

Beschluss Nr. 06/2011

Ergänzung des Stadtratsbeschlusses Nr. 27/2010 vom 07.06.2010

Abstimmung: 15/0/0

Beschluss Nr. 07/2011

Beschluss zum Verkauf einer Grundstücksfläche in Niesky, OT Kosel

Abstimmung: 15/0/0

Beschluss Nr. 08/2011

Beschluss des Stadtrates der Großen Kreisstadt Niesky zur Leistung von Überplanmäßigen Ausgaben

Abstimmung: 15/0/0

1. Eröffnung der 15. Tagung des Stadtrates

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.2 Bestätigung der Tagesordnung

1.3 Bestätigung des Protokolls der letzten Tagung vom 06. Dezember 2010 und Bekanntgabe von Beschlüssen

Herr Rückert eröffnet die 15. Tagung und kann mit der Anwesenheit von insgesamt 15 Stimmberechtigten die Beschlussfähigkeit des Stadtrates feststellen. Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen und Ergänzungen.

Zum Protokoll der 14. Tagung fragt Herr Giese, ob betreffend Beschluss Nr. 82/2010 zur Rückführung von Fördermitteln ein Prüfungsergebnis vorliegt.

Herr Bachmann informiert, dass die Rückführung der Fördermittel rechtmäßig ist. Die Fördermittel für den Teil Ausbau des Dachgeschosses der Mittelschule Niesky wurden nachträglich beantragt, aber es gab keinen positiven Bescheid. Damit ist das eine Verwendung außerhalb des Fördermittelbescheides und die Rückzahlung rechters.

Weiterhin erkundigt sich Herr Giese nach dem Sachstand zur Geschwindigkeitsbegrenzung an der Denkmalkurve.

Herr Bachmann informiert, dass die Polizeidirektion die Geschwindigkeitsbegrenzung momentan nicht befürwortet, weil die bautechnischen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind.

Herr Simmank macht darauf aufmerksam, dass bei den Beschlussvorlagen 64/2010, 66/2010, 67/2010 und 80/2010 steht: Beschluss zur 15. Tagung. Richtig muss es heißen: Beschluss zur 14. Tagung.
Herr Rückert sichert die Prüfung des Sachverhaltes zu.

Herr Konschak fragt an, warum nach Abschluss der Bauarbeiten an der Rosensporthalle die Sanitäreanlagen noch nicht in Betrieb genommen wurden.

Darauf antwortet Herr Bachmann, dass bei einer Probe wieder Bakterien nachgewiesen wurden und das Gesundheitsamt empfohlen hat, die Sanitäreanlagen noch nicht zu öffnen. Das nächste Ergebnis von Proben wird morgen Vormittag erwartet.

Das Protokoll der 14. Tagung wird von den Stadträten bestätigt.

Aus dem nichtöffentlichen Teil gibt Herr Rückert folgende Beschlüsse bekannt:

Beschluss 80/2010

Erlass von Gewerbesteuer

Beschluss 81/2010

Beschluss zur Errichtung einer Beamtenstelle

2. Bericht zur Haushaltsdurchführung IV. Quartal 2010

Frau Hoffmann informiert vorab, dass eine Nachfrage beim Landratsamt bezüglich des Anfang Dezember 2010 eingereichten Haushaltssicherungskonzeptes erfolgte. Eine Stellungnahme seitens der Rechtsaufsichtsbehörde ist aber erst mit der Bestätigung des Haushaltsplanes 2011 zu erwarten.

Zum IV. Quartal 2010 betont Frau Hoffmann, dass die Zahlen und die Berichterstattung der Kommune und zu den kommunalen Unternehmen unter dem Vorbehalt eventueller Prüfungen, Verrechnungen usw. zu betrachten sind. In der Jahresrechnung werden dann die exakten Zahlen dargestellt.

Frau Hoffmann informiert über die Umstellung seit Anfang des Jahres 2011 von der kameralistischen Haushaltsführung auf Doppik. Diese Umstellung der zwei verschiedenen Systeme nimmt sehr viel Zeit in Anspruch.

Zur Haushaltssituation 2010 berichtet Frau Hoffmann, dass die Ergebnisse erfreulicher waren als es die Prognosen vorausgesehen hatten. Insbesondere bei der Gewerbesteuer und auch bei den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer sind Mehreinnahmen zu verzeichnen, die insgesamt im Steueretat 550 T€ betragen.

Auch die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb haben sich positiv entwickelt, z. B. Verwaltungsgebühren und Benutzungsgebühren. Die Mehreinnahmen betragen ca. 127 T€.

Der Bereich der sonstigen Finanzeinnahmen trägt ebenfalls mit 24 T€ zu einem guten Ergebnis bei.

Auf der Ausgabenseite sind insbesondere bei den Personalkosten Mehrausgaben von 13 T€ zu verzeichnen. Die Abweichungen sind aber gegenüber dem großen Volumen nicht so beträchtlich. Zum Teil können diese Mehrausgaben damit zusammen hängen, dass ABM- oder Hartz IV-Maßnahmen bewilligt wurden, die nicht in der Planung berücksichtigt waren.

Bei den sächlichen Verwaltungs- und Betriebskosten betragen Mehrausgaben 91 T€, bei den Zuweisungen und Zuschüssen sind 58 T€ an Mehrausgaben zu verzeichnen und bei den sonstigen Finanzausgaben 75 T€.

Die ursprünglich geplante Zuführungsrate von 506 T€ an den Vermögenshaushalt kann auf ca. 914 T€ erhöht und auf die geplante Entnahme aus der Rücklage von 300 T€ kann verzichtet werden.

Als Endergebnis würde die Rücklage um ca. 116 T€ erhöht werden können.

Frau Hoffmann erklärt, dass mit der Einführung der Doppik die Aufwendungen entsprechend genau dem Wirtschaftsjahr zugeordnet werden müssen, in dem sie entstanden sind. Das war bei der kameralistischen Haushaltsführung nicht der Fall. In Übereinstimmung mit den Überleitungsvorschriften wird versucht, alle Aufwendungen, die jetzt gestellt werden und das Jahr 2010 betreffen, noch in das Jahr 2010 zu buchen. Damit ist eine klare Abtrennung zwischen den beiden Wirtschaftsjahren gewährleistet.

Alle Fachbereiche wurden angewiesen, die Rechnungen zeitnah bis zum 31.12.2010 in der Buchhaltung beizubringen, was nicht immer möglich war. Zum Beispiel werden die Abrechnungen der Stadtwerke, Telecom u. a. erst im Januar gestellt. Zum Teil waren dadurch die Haushaltsstellen überzogen. Auf Grund des guten Ergebnisses 2010 konnten diese Ausgaben gedeckt und Haushaltsreste gebildet werden. Dafür liegt dem Stadtrat für die heutige Sitzung ein Beschluss zur Bestätigung aller Haushaltseinnahme- sowie – ausgabenreste vor.

Im Verwaltungshaushalt dürfen keine Einnahmereste gebildet werden, was bei den Gemeindeanteilen an der Einkommenssteuer negativ zu Buche schlägt.

Frau Hoffmann informiert, dass der geplante Kredit für die Straßenbeleuchtung im Ortsteil Kosel 2010 nicht aufgenommen wurde. Die Einreichung der Unterlagen an die SAB erfolgte sehr spät, so dass eine Prüfung und Bewilligung der Mittel durch die SAB erst im I. Quartal 2011 zu erwarten ist.

Die Liquidität der Stadt Niesky war im Haushaltsjahr 2010 jederzeit gewährleistet.

Herr Rückert stellt ergänzend fest, dass das Haushaltsjahr 2010 positiv zu bewerten ist und die Auswirkungen der Krise im ostsächsischen Bereich nicht so gravierend aufgetreten sind. Das ist erfreulich und eine gute Basis für die Umstellung auf Doppik.

Der Bericht zur Haushaltsdurchführung IV. Quartal 2010 wird von den Stadträten zur Kenntnis genommen.

3. Beteiligungsbericht der kommunalen Unternehmen für das IV. Quartal 2010

Von den kommunalen Unternehmen liegen die Einschätzungen für das Geschäftsjahr 2010 vor. Die Geschäftsführer beider Unternehmen haben darauf hingewiesen, dass es sich nicht ganz um die endgültigen Zahlen handelt, aber eine Tendenz ist erkennbar. Es gibt keine außergewöhnlichen Geschäftsvorfälle.

Bei der Wohnungsbaugesellschaft sind im Vergleich zum IV. Quartal 2009 die Erlöse zurückgegangen. Begründet wird das mit den geringen Mieten durch die ALG II-Problematik, wo es durch die Verwaltungsvorschrift des Landkreises geringere Einnahmen für die Wohnungsbaugesellschaft gibt.

Bei den Instandhaltungen wurden die Mittel erhöht, um die Wohnungen instand zu setzen und vermietbar zu machen.

Baumaßnahmen erfolgten 2010 nur mit Eigenmitteln, wie z. B. die Sanierung der Heizung im Hotel des Bürgerhauses und Balkonanbauten und Fassadensanierungen auf der Bautzener Straße, Dach- und Fassadenerneuerung Am Markt 3 und 5. Abwasserbeiträge in Höhe von 200.000 € wurden durch die Wohnungsbaugesellschaft gezahlt.

Erfreulich ist die Steigerung des Umsatzes im Bürgerhaus, insbesondere im Bereich der Küche und des Hotels. Einen geringeren Umsatz gibt es im Bereich Restaurant, was damit begründet werden kann, dass das Lachefischen als Großveranstaltung ausgefallen ist und der Sommerbetrieb im Freizeitpark fehlt.

Frau Hoffmann informiert, dass die höhere Liquiditätshilfe dadurch zum Tragen kommt, weil die Sanierung des Hotels erfolgte und ein dringend notwendiges Fahrzeug angeschafft wurde.

Frau Hoffmann schätzt ein, dass die Abweichungen bei den Stadtwerken etwas größer sind. Das ist im wesentlichen mit der Einspeisevergütung für das Heizkraftwerk begründet. Die im Jahr 2010 geplante Inbetriebnahme des Kraftwerkes erfolgte erst Anfang 2011.

Die Erlöse haben sich trotzdem positiv entwickelt, da die Tarife angepasst wurden. Es wird damit gerechnet, dass die Erlöse insbesondere bei der Fernwärme durch die extreme Witterung wesentlich höher sein werden als geplant.

Bei den sonstigen Aufwendungen macht Frau Hoffmann darauf aufmerksam, dass auch hier noch nicht alle Rechnungen für 2010 eingegangen sind und es geringfügige Verschiebungen geben kann. Insgesamt kann jedoch eine positive Entwicklung festgestellt werden.

Herr Kagelmann fragt, ob im Bereich der Wohnraumvermietung konkrete Zahlen vorliegen und wie der Trend bei den Gewerberäumen ist.

Dazu erläutert Herr Fischer, Geschäftsführer der Wohnungsbau GmbH, dass durch die Einführung der neuen Verwaltungsvorschrift die Wohnungen an die davon betroffenen Personengruppe unter dem Preis angeboten werden. Auch den Mietern, die bereits ein Mietverhältnis mit der Wohnungsbaugesellschaft haben und von der Arge wegen einem zu hohem Mietpreis angeschrieben werden, wird eine abgesenkte Miete angeboten. Es ist abzuwägen, ob man einen Wohnungsleerstand in Kauf nimmt, oder ob der Mietpreis etwas reduziert wird. Herr Fischer schätzt eine Mindereinnahme von 30 bis 60 T€ im Jahr ein. Das ist bei den Gewerberäumen nicht so der Fall, hier gibt es eine sehr gute Vermietung.

Herr Kenschak möchte wissen, ob es von der ARGE für den Mietpreis eine Durchschnittsbindung für das gesamte Gebiet von Weißwasser bis Zittau gibt.

Herr Fischer antwortet, dass die Mietsätze für den Landkreis unterschiedlich eingestuft sind und zwar für Weißwasser, Niesky, Görlitz, Zittau, Löbau und für den ländlichen Raum.

Das Problem ist nicht die Höhe der Mietfestsetzung, sondern die Mietpreisbindung.

Die Stadträte nehmen die Ausführungen zu den Beteiligungsberichten der kommunalen Unternehmen zur Kenntnis.

4. Beschluss Nr. 01/2011 Bewilligung von Haushaltsresten

Frau Hoffmann macht in ihren Ausführungen darauf aufmerksam, dass es auf Grund der Einführung der Doppik für die Eröffnungsbilanz wichtig ist, eine klare Rechnungsabgrenzung zwischen den Haushaltsjahren 2010 und 2011 vorzunehmen. Sie gibt Erläuterungen zu den in der Anlage zum Beschluss aufgeführten Haushaltsstellen, die von den Haushaltsresten betroffen sind.

Auf die Anfrage von Frau Beinlich, ob z. B. das Konrad-Wachsmann-Haus in 4 verschiedenen Haushaltsstellen erscheint, antwortet Frau Hoffmann, dass dies nicht der Fall ist. Ursächlich für das mehrmalige Auftauchen der Position ist die Zusammenfassung in Abschnitte bzw. Unterabschnitte.

Die Stadträte beschließen mit 15/0/0:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky bewilligt die Bildung von Haushaltseinnahme- sowie –ausgabenresten im Rahmen der Jahresrechnung 2010 für den Verwaltungshaushalt und den Vermögenshaushalt gemäß den Anlagen zum Beschluss.

**5. Beschluss Nr. 02/2011
Beschluss über die Delegierung der Entscheidungskompetenz des Stadtrates an den Technischen Ausschuss**

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes übergibt Frau Karin Robanske einen offenen Brief zum Ausbau und zur Elektrifizierung Knappenrode – Horka- Grenze Deutschland/Polen an den Oberbürgermeister.

Herr Rückert informiert die Stadträte zum Inhalt:

1. Der zweigleisige Streckenausbau wird im Sinne der möglichen Reduzierung von Straßentransporten befürwortet .
2. Deutliche Erwartungen werden geäußert zur Verbesserung der Schallschutzmaßnahmen, um unter den zulässigen Grenzwerten zu bleiben. Es wird bezweifelt, dass diese Grenzwerte ausreichend sind.
3. Es wird die Bitte ausgesprochen, dass das Problem Lärmschutz noch einmal überprüft wird.
4. Am 01. Februar 2011 wurde bereits bei der Stadtverwaltung angesprochen, dass eine Einwohnerversammlung vor dem 25. Februar 2011 für sinnvoll gehalten wird.
5. Mit einer privaten Unterschriftensammlung will man die Forderung vieler Niesky Bürger nach besserem Lärmschutz als geplant nochmals zum Ausdruck bringen.

Herr Rückert erläutert, dass es im Vorfeld sehr intensive Diskussionen gab sowohl zu den Lärmschutzmaßnahmen als auch zur Gestaltung der Bahnübergänge. Der jetzige Stand der Planungen ist im wesentlichen die Umsetzung der mit der Stadt abgestimmten Maßnahmen.

Herr Bachmann informiert, dass die Stellungnahme der Stadt Niesky zum Planfest-Stellungsverfahren „Ausbau der Bahnstrecke Knappenrode – Horka – Polen (Plan-Abschnitt 2 b)“ in der Entscheidungskompetenz der Stadtrates liegt.

Die Stellungnahme muss der Landesdirektion Dresden bis zum 25. Februar 2011 vorliegen.

Der nächste planmäßige Sitzungstermin des Stadtrates ist am 07. März und damit für eine termingerechte Bestätigung der Stellungnahme der Stadt nicht mehr relevant.

Aus diesem Grund soll die Tagung des Technischen Ausschusses am 21. Februar 2011 für die abschließende Beratung und Beschlussfassung der Angelegenheit genutzt werden.

Mit 15/0/0 wird beschlossen:

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky überträgt dem Technischen Ausschuss die abschließende Entscheidungskompetenz für die Stellungnahme der Stadt Niesky zum Planfeststellungsverfahren „Ausbau der Bahnstrecke Knappenrode – Horka – Polen (Planabschnitt 2 b)“.

2. Die Stellungnahme der Großen Kreisstadt Niesky für das in 1. genannte Planverfahren soll der Technische Ausschuss in seiner planmäßigen Tagung am 21. Februar 2011 beraten und beschließen. Der entsprechende Beschluss des Technischen Ausschusses und der Inhalt der Stellungnahme sind dem Stadtrat nachfolgend zur Kenntnisnahme vorzulegen.

**6. Beschluss Nr. 03/2011
Vorbereitung der Neubeantragung des Regionalmanagements ILE –
Integrierte Ländliche Entwicklung Gebietskulisse „Östliche Oberlausitz“**

Herr Bachmann erläutert zur Historie, dass es bis 2006 eine Förderung durch das Amt für Ländliche Neuordnung Kamenz gab. Diese wurde neu gestaltet, um die Entwicklung regionaler Potentiale zu stärken. 24 Kommunen schlossen sich zu einer Gebietskulisse ILE-Region „Östliche Oberlausitz“ zusammen.

Die ILE ist ein EU-Förderprogramm des neuen Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes. Der Freistaat Sachsen fördert mit Mitteln dieses Programms und des Bundes diese Entwicklung.

Die neue Förderperiode erstreckt sich über den Zeitraum 2007 bis 2013.

Die Stadt Niesky wurde vom Landkreis aufgefordert, diese Förderung zu nutzen und die bisherige Arbeit weiterzuführen. In der Anlage an die Beschlussvorlage sind im Tätigkeitsbericht des Regionalmanagements „Östliche Oberlausitz“ und in der Jahresstatistik über Förderprojekte Informationen dazu enthalten.

Herr Bachmann führt an, dass es sich um eine Fördermöglichkeit der Gemeinden und Ortsteile bis 5000 Einwohner handelt. Für Niesky betrifft das die Ortsteile See,

Kosel, Stannewisch und Ödernitz. Gefördert werden im wesentlichen die Bereiche Tourismus, kommunale Projekte, Kirchen, Dorfgemeinschaftshäuser, Gewerbeansiedlung und -erhaltung, Arztpraxen sowie Umbau und Sanierung vorhandener Bausubstanz.

Die Stadträte werden gefragt, ob diese Arbeit fortgeführt werden soll und die Stadt Niesky bereit ist, den Eigenanteil in Höhe von 680,00 € weiter zu zahlen.

Herr Giese fragt, ob die Schaffung eines Gemeindehauses in See mit diesem Programm möglich ist.

Herr Rückert gibt zu bedenken, dass dieses Projekt mit dem ILE-Programm gefördert werden könnte, aber das setzt voraus, dass die Stadt haushaltsmäßig in der Lage ist, den Eigenanteil zu finanzieren.

Herr Mrusek fragt nach der Höhe des Fördersatzes.

Herr Bachmann antwortet, dass dieser für jeden Bereich unterschiedlich ist.

Die Stadträte beschließen mit 15/0/0:

***Der Stadtrat der Stadt Niesky bestätigt die Vorbereitung der Neubeantragung des Regionalmanagements ILE „Östliche Oberlausitz“.
Der Tätigkeitsbericht des Regionalmanagements, erarbeitet durch das Planungsbüro Richter und Kaup sowie die Jahresstatistik über Förderprojekte werden dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben und diskutiert.***

- Der Eigenanteil in der Höhe von 680,00 € ist im kommunalen Haushalt 2011 eingestellt.

- Der Stadtrat legitimiert den Landkreis Görlitz, Amt für Kreisentwicklung, zur Koordinierung aller Aufgaben im Rahmen der ILE-Gebietskulisse „Östliche Oberlausitz“.

- Der Stadtrat befürwortet die Zusammensetzung des Koordinierungskreises und legitimiert alle Mitglieder zur Weiterarbeit im Tätigkeitszeitraum 2011/2012.

7. Beschluss des Stadtrates zur Bestätigung der Vergabeentscheidung des Oberbürgermeisters zur Baumaßnahme Sicherung und Sanierung des Gebäudes „Konrad-Wachsmann-Haus“

Herr Bachmann erinnert daran, dass die Stadträte in der letzten Sitzung die Entscheidungskompetenz der Vergabeentscheidung der Lose 1 und 2 an den Oberbürgermeister erteilt haben.

Bei der beschränkten Ausschreibung wurden jeweils 4 Unternehmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

Die Firmen Anton Barthel und Neu & Reko Bau Glotz haben nach Prüfung und Wertung aller im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung eingegangenen Angebote das jeweils wirtschaftlichste Angebot abgegeben.

Ergänzend dazu informiert Herr Bachmann, dass die Bauarbeiten Mitte Januar 2011 begonnen wurden. Bis Herbst 2011 soll der 1. Bauabschnitt abgeschlossen sein.

Mit 15/0/0 entscheidet der Stadtrat:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky bestätigt die Vergabeentscheidung des Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Niesky zur Vergabe von Bauleistungen nach VOB für:

Baulos 1: Tischlerarbeiten

***an die Firma Anton Barthel
Inh. Maik Warnasch
Robert-Koch-Str. 1
02906 Niesky***

mit einer Bruttoangebotssumme von 19.529,40 €

und

Baulos 2: Rohbauarbeiten

***an die Firma Neu & Reko Bau Glotz GmbH
Trebuser Straße 1
02906 Niesky***

mit einer Bruttoangebotssumme von 184.281,57 €

**8. Beschluss 05/2011
Beschluss zur Anpassung der Rahmenvereinbarung mit dem Fußballverein Niesky e.V.**

Herr Rückert erläutert, dass die Stadt Niesky mit dem Fußballverein in der Rahmenvereinbarung eine Anpassung der Betriebskostenregelung im Jahr 2010 vorgesehen hat.

Nach Beratung im Verwaltungsausschuss wurde die Fortschreibung der Rahmenvereinbarung präzisiert mit der Maßgabe, dass der Verein bei begründeter Überschreitung der Betriebskosten eine Neuverhandlung der Zuschussregelung bei der Stadt beantragen kann. Vom Vorstand des Fußballvereins liegt das Einverständnis dazu vor.

Herr Kagelmann ist der Meinung, dass der Verein halbjährlich eine Rechenschaft über die Auslastung vorlegt. Wenn der Platz hauptsächlich vom Fußballverein genutzt wird, spiegelt sich das bei den Einnahmen wider und damit bei höheren Betriebskosten.

Herr Rückert weist darauf hin, dass laut Vereinbarung bis zum 30. April des Folgejahres eine prüffähige Betriebskostenabrechnung und die jährliche Finanzplanung der Stadt vorzulegen ist. Er geht mit Herrn Kagelmann konform, dass der Verein regelmäßig zur Auslastungssituation informiert.

Herr Simmank befürchtet eine Benachteiligung anderer Vereine, wenn der Zuschuss erhöht wird und fragt, ob der Platz unter Eigenverwaltung des Vereins ist.

Herr Rückert antwortet, dass der Platz dem Verein rechtlich mit einem Erbbaurechtsvertrag übertragen wurde und die Investitionen werden gemeinsam getragen. Eine Benachteiligung anderer Vereine sieht Herr Rückert nicht, da sich der Fußballverein „Eintracht“ ebenso wie der Verein „Seer Löwen“ eigenverantwortlich um ihrem Platz kümmern müssen.

Der Beschluss wird mit 14/0/1 getroffen:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die 2. Anpassung der Rahmenvereinbarung mit dem Fußballverein Eintracht Niesky e.V.

9. Grundstücksangelegenheiten

9.1 Beschluss 06/2011

Beschluss zum Verkauf einer Grundstücksfläche am Frankenweg

Herr Bachmann informiert, dass laut Beschluss Nr. 27/2010 vom 07.06.2010, das
an
verkauft werden soll. Herr hat sich dazu entschlossen, dass auch seine
Frau im Notarvertrag genannt wird.
In Hinblick auf die zusätzliche Käuferin Frau hat das Landratsamt Gölitze,
Kommunalamt, die für den Notarvertrag notwendige rechtsaufsichtsbehördliche
Genehmigung mit der Auflage erlassen, dass mit einem Ergänzungsbeschluss die
zusätzliche Käuferin bestätigt wird.

Der folgende Beschluss Nr. 06/2011 wird durch die Mitglieder des Stadtrates mit
15/0/0 Stimmen entschieden:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt folgende Ergänzung zum Beschluss Nr. 27/2010:

**Der Verkauf der Grundstücksfläche im Niesky, Flur ,
Flurstücke vom 07.06.2010 erfolgt an die Eheleute:**

**Herrn und
Frau**

**9.2. Beschluss Nr. 07/2011
Beschluss zum Verkauf einer Grundstücksfläche in Niesky, OT Kosel,
Krebaer Straße**

Es handelt sich hier um den Verkauf einer teilweise mit einem Gebäude überbauten Fläche in Niesky, OT Kosel mit einer Größe von m².

Die Gartenfläche ist nicht bewirtschaftet und stark verwildert. Durch die vorhandene Überbauung ist das Flurstück nicht selbständig veräußerbar.

Gleichzeitig muss der Käufer Verhandlungen mit dem Freistaat Sachsen führen, da das benachbarte Flurstück mit dem Gebäuderestteil dem Fiskus zugesprochen wurde.

Die Beschlussvorlage sieht vor, dass das Grundstück zum Verkehrswert von €/m² an Herrn verkauft wird. Zum Gesamtwert der Fläche von €

wird der Abwasserbeitrag 1. und 2. Rate in Höhe von € berechnet.

Die Einnahme für die Stadt Niesky würde somit 8.071,92 € betragen.

Mit 15/0/0 wird beschlossen:

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt den Verkauf nachfolgender Grundstücksfläche:

Flur:

Gemarkung:

Flurstück:

Fläche:

Lage:

derzeitige Nutzung:

Gebäude: *seit vielen Jahren leer stehend; ruinöser, teilweise nicht mehr sanierungsfähiger Zustand; Gartenfläche nicht bewirtschaftet, stark verwildert;*

durch Überbauung ist das Flurstück nicht selbständig veräußerbar

Kaufpreis:

zzgl. Schutzwasserbeitrag

1. und 2. Rate:

2,66 €/m²

(eingeschossige Nutzung)

Gesamt: _____

Käufer:

2. Der Käufer trägt die sämtlichen Kosten des Grunderwerbs, wie Notargebühren, Grunderwerbssteuer und sonstige Ausgaben.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den erforderlichen Notarvertrag vorzubereiten und abzuschließen.

10. Beschluss Nr. 08/2011

Beschluss zur Leistung von überplanmäßigen Ausgaben, Albert-Schweitzer-Straße

Herr Bachmann erläutert, dass im Sommer 2010 beschlossen wurde, die Baumaßnahme Albert-Schweitzer-Straße im größeren Umfang fortzuführen. Die Maßnahme wird insgesamt einschließlich Planungskosten voraussichtlich mit einer Gesamtsumme von 113.095,00 € im Frühjahr 2011 abgeschlossen. Diese Kosten können nicht vollständig über die bestehende Haushaltsstelle Straßenentwässerung finanziert werden.

Herr Bachmann schlägt vor, die Maßnahme mit Mitteln aus der Haushaltsstelle Schulstraße aus dem Haushaltsjahr 2010 zu decken, die aus finanziellen Gründen in das Folgejahr verschoben wurde. Damit kann die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben abgesichert werden.

Die Stadträte beschließen mit 15/0/0:

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Niesky beschließt die Leistung von überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von

14.300,00 €

zugunsten der –Stelle 2.6300.9562.00 (Straßenentwässerung).

Die zusätzlichen Mittel dienen zur abschließenden Finanzierung der Baumaßnahmen auf der Albert-Schweitzer-Straße.

**2. Die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben erfolgt durch die HH-Stelle 2.6300.9513.08 – Ausbau Schulstraße.
Die Ausführung der Maßnahme wurde aus finanziellen Gründen in das Folgejahr verschoben, so dass die Deckung der überplanmäßigen Ausgaben abgesichert werden kann.**

11. Anfragen und Anträge der Stadträte

Herr Bachmann gibt bekannt, dass die Stadt Niesky von der Telekom Deutschland GmbH über die Umstellung bzw. Erweiterung der Mobilfunktechnik am Standort Am kurzen Haag informiert wurde. Unter anderem sollen zusätzliche Frequenzen genutzt und die dafür erforderliche Technik für das mobile Internet LTE installiert werden.

Weiterhin informiert er, dass im Ortsteil See am 19.03.2011 um 19.00 Uhr in der Grundschule eine Bürgerversammlung zur Thematik Bahnausbau stattfindet. Es geht dabei insbesondere um die Verlegung des Bahnüberganges Lange Straße.

Herr Rückert berichtet im Zusammenhang mit der Sanierung der Turnhalle Bahnhofstraße, dass die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis aus Mitteln der Stadtsanierung diese Maßnahme finanziert hat. Auf Grund des Bauablaufs war eine beträchtliche Kostenerhöhung zu verzeichnen. Eine Restsumme konnte nicht aus Mitteln der Stadtsanierung beglichen werden. Die Stadt hat sich mit dem Landkreis verständigt, wer welchen Kostenanteil zur Zahlung dieser Restsumme trägt.

Demnach hat die Stadt Niesky 50.694,77 € und der Landkreis 29.547,82 € zu begleichen.

Der Oberbürgermeister hat der Zahlung dieser Summe zugestimmt.

Frau Beinlich spricht die personelle Situation im Stadtmuseum und der Nieskyer Touristeninformation an und stellt den Antrag zu prüfen, ob eine Mitarbeiterin eingestellt werden kann. Es ist auch keine Lösung, Ein-Euro-Jobber oder Tauris-Mitarbeiter einzusetzen, die immer wieder neu eingearbeitet werden müssen. Seit Jahresbeginn ist die Leiterin des Stadtmuseums auch zuständig für alle Arbeiten, die in der Touristeninformation anfallen. Das hat negative Auswirkungen auf die Arbeit im Museum, die schließlich mit Fördergeldern bezahlt wird.

Herr Rückert erwidert, dass dieses Problem bekannt ist. Die Vereinbarung mit dem Landkreis über die Tourismusförderung ist Ende 2010 ausgelaufen. Die Einstellung eines Mitarbeiters muss im Haushalt verankert sein. Dieser ist aber für das Jahr 2011 noch nicht beschlossen.

Herr Simmank erhielt Anfragen von Eltern bezüglich der Öffnungszeiten des Hortes in der Grundschule See und bittet um Prüfung, ob die Öffnungszeiten erweitert werden können.

Frau Hoffmann informiert, dass dieses Thema im nächsten Verwaltungsausschuss behandelt wird.

Herr Konschak wurde von Bewohnern der Puschkinstraße angesprochen, ob diese Straße ausgebaut werden kann. Die Anlieferung für die Fleischerei Richter erfolgt über die Wohngebietsstraße, die in einem sehr schlechten Zustand ist.

Herr Rückert äußert dazu, dass im Rahmen des Haushalts 2011 die Regenentwässerung auch auf der Puschkinstraße ein Thema sein wird. Mit Herrn Richter muss eine Übergangslösung gefunden werden, damit der Straßenzustand verbessert wird. Da die Fleischerei an die Grenze der Kapazität gekommen ist, muss sich Herr Richter auch darüber Gedanken machen, wie es mit dem Standort weiter geht.

Auf die Frage von Herrn Simmank nach der Lärmbelästigung durch die Fleischerei antwortet Herr Bachmann, dass laut einem Gutachten der Lärm unter der zulässigen Grenze liegt, aber baurechtliche Probleme gibt es nach wie vor.

Abschließend weist Herr Rückert darauf hin, dass in den Ausschüssen und im Stadtrat im Monat Februar neben dem Thema Bahn die Kfz-Kennzeichen eine Rolle spielen werden.

Der Oberbürgermeister beendet um 19.40 Uhr die Sitzung und verabschiedet die Stadträte und Gäste.

Rückert
Oberbürgermeister

Halke
Stadtrat

Kagelmann
Stadtrat

Kühn
Protokoll